Ressort: Politik

Friedhofsgebühren

Wie teuer wird das Urnengrab?

Neuss, 30.06.2017, 20:11 Uhr

GDN - In der letzten Umweltausschusssitzung wurde gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen, dass eine neue Friedhofsgebührenordnung nach dem sogenannten “Kölner Modell“ in Neuss entwickelt werden soll.

In der letzten Umweltausschusssitzung wurde gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen, dass eine neue Friedhofsgebührenordnung nach dem sogenannten “Kölner Modell“ in Neuss entwickelt werden soll. Nach diesem Modell sollen sich die Gebühren für Grabstätten in Zukunft nicht mehr hauptsächlich an der Größe des Grabes orientieren. Dafür wird ein größerer Teil der Gemeinkosten alle Nutzer umgelegt. Der Effekt: Bisher preisgünstige Gräber, insbesondere Urnengräber, werden erheblich teurer.

“Das ist hochgradig unsozial“, sagt Vincent Cziesla von der Fraktion DIE LINKE. “51 Prozent der Neusser haben sich im vergangenen Jahr für ein Urnengrab entschieden. Gerade Menschen mit niedrigerem Einkommen wählen diese Bestattungsform und sollen nun besonders stark zur Kasse gebeten werden, während die Preise für die bisher teuersten Grabformen möglicherweise sinken.“

Bisher liegen, trotz Nachfrage seitens der Linken, noch keine Zahlen für Neuss vor. Doch der Blick in andere Städte hilft: in Grevenbroich stieg der Preis für ein anonymes Urnengrab mit der Einführung des Kölner Modells von 693 auf 1486 Euro um 114 (!) Prozent.

Die Reihengräber verteuerten sich um 84 Prozent, während der Preis für Wahlgräber und mehrstellige Wahlgräber sank. In Nettetal wächst die Zahl der Menschen, die ihre Angehörigen außerhalb der Stadt bestatten lassen, weil sie sich kein Urnengrab mehr leisten können. In der Geburtsstadt des “Kölner Modells“ sind die Urnengräber mit 1899 Euro sogar etwas teurer als die Grabkammern. Auch in anderen Kommunen hob das Kölner Modell die Nutzungsgebühren für Urnengräber auf oder über das Niveau der Erdgräber.

Genaue Zahlen für Neuss haben wir nicht, auch eine Überschlagsrechnung hat die Verwaltung abgelehnt. Wir können aber davon ausgehen, dass die Modellumstellung in Neuss ähnliche Effekte haben wird, wie in anderen Städten. Steigerungen von 60, 70 oder sogar 100 Prozent sind bei den Urnengräbern zu befürchten. Schließlich besteht eines der erklärten Hauptziele dieser Umstellung darin, die Zahl der Urnenbestattungen durch überproportionale Verteuerung zu senken. Wir fordern die Verwaltung auf, endlich mit offenen Karten zu spielen und den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, welche Auswirkungen das ‚Kölner Modell“˜ haben wird und zwar bevor darüber entschieden ist“, so Cziesla.

DIE LINKE fordert auch die anderen Fraktionen auf, keinen Grundsatzbeschluss in der Sache zu fassen, bevor nicht alle wichtigen Zahlen vorliegen. Schließlich gab es in diesem Jahr schon einmal den Versuch, eine neue Friedhofsgebührenordnung durchzusetzen, die nicht den Versprechungen der Verwaltung entsprach. Damals war von einer moderaten Gebührensteigerung um 9 Prozent die Rede; tatsächlich wären einige Posten sogar um 20 bis 30 Prozent gestiegen. Aufgrund mangelnder Zahlen war dies nicht ersichtlich gewesen und wurde erst durch Berechnungen der Linksfraktion öffentlich. Roland Sperling sagte dazu: “Das Gerede von einer Gebührensteigerung von nur 9 Prozent, ist nachweislich unwahr.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, das aktuelle Modell beizubehalten und weiterhin günstige Urnengräber anzubieten. Zugleich schlägt die Fraktion einen Neuanfang bei der Gebührenberechnung vor. Nach jahrelanger Misswirtschaft bei den Städtischen Friedhöfen und dem Versagen aller Kontrollinstanzen, sollen die dadurch entstandenen Defizite nicht auf die Nutzerinnen und Nutzer der nächsten Jahre verteilt werden. Stattdessen soll die öffentliche Hand die Unterdeckung der Jahre ab 2014 übernehmen, so wie es in diesem Jahr bereits für das Jahr 2013 geschieht. Ab dem Jahr 2018 soll dann nur noch mit den aktuellen Zahlen kalkuliert werden. Durch diese Herangehensweise ließe sich eine größere Gebührenerhöhung vermeiden.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-91449/friedhofsgebuehren.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Marcel Nowitzki /Ratsfraktion Neuss

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Marcel Nowitzki /Ratsfraktion Neuss

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619